

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 13

Artikel: Erste Etappe abgeschlossen
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092993>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jacques Baumgartner zur Absage an die kommunistische Herrschaft in Osteuropa

Erste Etappe abgeschlossen

Die erste Etappe auf dem Weg in die Demokratie im einstigen Sowjetblock ist mit den Mehrparteienwahlen in Bulgarien und der Tschechoslowakei abgeschlossen. Osteuropa gestaltet seine nachsozialistische Epoche in nationalen Farben. Die Absage an die kommunistische Herrschaft ist, mit Ausnahme von Rumänien, dominant und endgültig.

Die Polen wählten frei vor einem Jahr ihren Senat, derweil sich die Kommunisten der Vereinigten Arbeiterpartei und ihre ehemaligen Verbündeten im Sejm, dem Parlament, 65 Prozent der Sitze reserviert hatten. Es folgten in diesem Jahr erstmals freie Wahlen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der DDR, in Ungarn und Rumänien. In Polen verloren bei Kommunalwahlen im Mai die Kommunisten ihre letzten Bastionen.

Die Kommunisten wurden in den meisten Ex-Satellitenstaaten buchstäblich pulverisiert, von der politischen und parlamentarischen Bühne weggefegt. In der DDR erreichten sie 16 Prozent, in Ungarn 10 Prozent und in der Tschechoslowakei 13 Prozent. Einzig in Bulgarien schafften die Kommunisten ein «Comeback», sicherten sich eine Zweidrittelmehrheit in der verfassunggebenden Nationalversammlung. Mit überwältigenden 86 Prozent entschieden sich die Rumänen für die Nationale Rettungsfront, die sich vom ersten Augenblick des blutigen Dezember-Aufstandes an gegen den Diktator Nico-

lae Ceausescu «in Front» hielt und jetzt immer mehr Züge einer Post-Ceausescu-Diktatur annimmt, allerdings einer durch Wählerentscheid legitimierten.

In der Tschechoslowakei ging wie erwartet am 8./9. Juni das Bürgerforum als Sieger aus den Wahlen für das Bundesparlament in Prag hervor. Das Bürgerforum war die treibende Kraft der tschechoslowakischen Revolution. Staatspräsident Vaclav Havel ist prominentester Vertreter des Bürgerforums, dem auch Reformkommunisten der späten sechziger Jahre angehören (Alexander Dubcek). Im Juli wählt das Bundesparlament – eigentlich eine verfassunggebende Versammlung – einen neuen Staatspräsidenten. Es dürfte der alte sein. Im Herbst sollen Marktwirtschaft, Preisreform und Privatisierung eingeführt werden.

Geschichte Kommunisten

Von den ehemals in Osteuropa herrschenden Kommunisten dürften sich die bulgarischen als die bis anhin taktisch gewiegtsten erweisen, doch gilt es unter anderem einen anderen historischen Hintergrund zu berücksichtigen als in den früheren Bruderländern. Die Bevölkerung der DDR, Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei fühlte sich mit Recht unter einem Besatzungsregime – jenem der Sowjetunion – lebend, folglich unterdrückt. Nicht so, zumindest nicht in

diesem Ausmasse, die Bulgaren, die tiefgreifende historische Wurzeln zu den Russen haben. In Sofia steht das Denkmal des Befreier-Zaren, Alexander II., der im vorigen Jahrhundert den Bulgaren half, sich vom türkischen Joch zu befreien.

Von den Bulgaren haben die Russen ihre kyrillische Schrift, und die ursprünglichen Liturgietexte der russisch-orthodoxen Kirche sind Altbulgarisch abgefasst. Bulgarien stand im Ersten und im Zweiten Weltkrieg auf seiten der Deutschen, doch als Achsenmacht beteiligte es sich – im Unterschied zu den Rumänen und zu Ungarn – nicht an Hitlers Russlandfeldzug; es lebte in Frieden mit der Sowjetunion, um dann aber doch am 5. September 1944 von dieser überfallen zu werden. Wäre der damalige König Boris mit den deutschen Armeen in den Krieg gegen die Sowjetunion gezogen, so hätte er wahrscheinlich eine Revolution der Bulgaren riskiert.

Buchstäblich fünf vor zwölf stürzten am 10. November vergangenen Jahres die bulgarischen Kommunisten den langjährigen Diktator Todor Schiwkoff, schworen ihrem Machtanspruch ab, bekannten sich zu Pluralismus und Marktwirtschaft und gaben sich einen neuen Namen. Sie nennen sich jetzt Sozialisten, historisch nicht einmal derart abwegig, weil sich die bulgarischen Sozialisten schon um die Jahrhundertwende in einen gemäßigten und einen radikalen – einen kommunistischen – Flügel gespalten hatten, lange bevor ein Lenin die Macht ergriffen und den sowjetischen Staat geschaffen hatte.

In ihrer Wahlpropaganda operierten die neuen Sozialisten geschickter, wenn auch nicht immer sauber, als die aus 16 politischen Gruppierungen bestehende Union der Demokratischen Kräfte (UDK). Sie konnten auf die gut 20 Prozent der sechseinhalb Millionen wahlberechtigten Bulgaren zählen, die eingeschriebene Parteimitglieder sind. Der neuen Führung unter Petar Mladenoff und Andrei Lukanoff gelang es, selbst Nichtkommunisten davon zu überzeugen, dass für alle Übel der Vergangenheit, obwohl auch sie selbst diese Vergangenheit mitgetragen hatten, die Schiwkoff-Clique verantwortlich sei. Auch die Terrorherrschaft der Kommunisten (nach dem Einmarsch der Roten Armee 1944), in deren

«Gestürzte Revolutionen»

Die ideologische Konzeption des «realen Sozialismus» ist diskreditiert, die Sowjetunion bedarf eines neuen Interessenausgleichs mit den Staaten Osteuropas, der dauerhafte, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit gestattet, ohne auf die früheren ideologisierten Grundlagen aufzubauen:

Die Schlußfolgerungen von Waleri Mussatow in einer im Parteiblatt «Prawda» veröffentlichten Analyse über die osteuropäische Entwicklung. Für den stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) sind die «gestürzten Revolutionen» Osteuropas (die Machtübergänge der Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg) das Ergebnis lange herangereifter Krisen. Der Staatssozialismus habe schon in den siebziger Jahren seine «Ineffektivität in politischer und sozialökonomischer Hinsicht» gezeigt. Die Entfremdung der Massen von der Politik, von der Teilnahme an der Leitung des Staates, die Verletzung der Menschenrechte sowie das Auseinanderklaffen zwischen Versprechungen der Führungen und der Realität führten zu «akuten Krisenerscheinungen». Das Zurückbleiben in Wirtschaft und Lebensniveau wurde offenkundig. . . j. b.

Verlauf eine Viertelmillion Menschen liquidiert wurden, wurde dem gestürzten Parteichef angelastet.

Die UDK wurde von den Intellektuellen und der Jugend gewählt. Der Grossteil der bulgarischen Bevölkerung ist über 35, 40 Jahre alt, und vorab die 50jährigen fürchten um ihre Renten (das Pensionierungsalter liegt bei 55). Im Wahlkampf, vor allem auf dem Lande, hatten die «Sozialisten» unter anderem behauptet, die UDK werde, als Folge der von ihr geplanten radikalen Einführung der Marktwirtschaft «vielleicht» die Renten abschaffen, es werde «enorme» Arbeitslosigkeit geben. In der Tat, etwa eine Million Beschäftigte in unrentablen Staatsbetrieben müssten sich nach neuer Arbeit umsehen, das heißt eigene Initiative entwickeln. Aus diesem Grunde wählte die «Provinz» lieber den Teufel, den sie zwar nicht liebt, an den sie sich in den vergangenen 45 Jahren aber gewöhnt hat.

Die «Sozialisten» dürften eine Koalition mit einer der kleinen Parteien eingehen, um zu beweisen, dass sie nicht mehr Kommunisten sind . . . und sicherlich schon bald der Sozialistischen Internationalen (SI) einen Antrag um Aufnahme stellen.

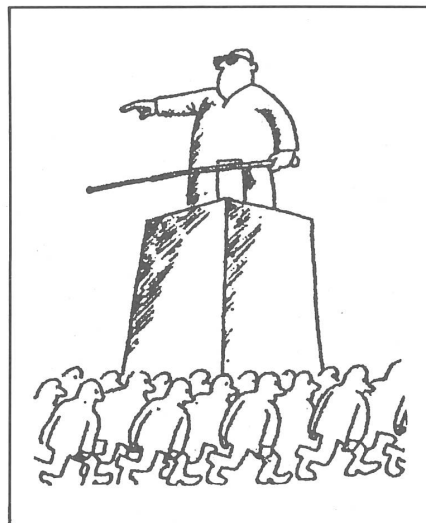
In freier Wahl für die alten Methoden

Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken dürften zunehmend hoch erfreut sein über den Wahlausgang in Rumänien: Es scheint, dass im Wettbewerb um westliche Wirtschafts- beziehungsweise Entwicklungshilfe die Rumänen sich – zumindest für den Augenblick – als Mitkonkurrenten selbst ausgeschaltet haben. Frei entschieden sie sich für die alten Methoden der Unterdrückung, jetzt unter Präsident Ion Iliescu und seiner Rettungsfront. Doch die echte rumänische Revolution – oder Eruption – dürfte erst noch bevorstehen.

Die rumänische Dezember-Revolution ist weder das Ergebnis jahrelanger intellektueller Dissidenz, noch wurde sie von Andersdenkenden getragen. Der blutige Aufstand war gleichsam der Aufschrei einer geknechteten, geschundenen Bevölkerung, ein Aufschrei der Erbitterung. Die Nationale Rettungsfront übernahm die Kontrolle über eine Revolution, die der «Artikulation in halbwegs gelenkten Bahnen» bedurfte, und gab dieser ein Ziel. Dass dies der Rettungsfront gelang, ist vor allem dem Alt- und Neokommunisten Iliescu zuzuschreiben. Er erkannte und verstand, dass der von Ceaușescu praktizierte Kommunismus-Faschismus nur zu gut funktioniert hatte. Staat und Partei waren eins, verkörpert durch Ceaușescu. Folgerichtig schob Iliescu sämtliche Schuld dem – in aller Heimlichkeit und Eile hingerichteten – gestürzten Diktator in die Schuhe.

Die Rumänen wissen bis heute nicht, wer im Dezember das Feuer auf Demonstranten eröffnete, und Iliescu hütet sich bekanntzugeben, was mit der Kommunistischen Partei und der ehemaligen Geheimpolizei, der Securitate, geschehen ist. Es gelang ihm, eine Allianz gegen all jene zu schmieden, die wegen ihrer Kooperation mit dem alten Regime kompromittiert waren. So gewann er die Unterstützung von Millionen von Rumänen. Der nächste Schritt galt der Konsolidierung seiner beziehungsweise der Rettungsfront Macht:

Das Millionenheer der schlecht ausgebildeten, miserabel entlohnten Industriearbeiter ist die erste Generation ursprünglicher Bauern. Iliescu suggerierte ihnen, dass Marktwirtschaft lediglich Inflation und Massenarbeitslosigkeit nach sich zöge. Schon einen Monat nach der Revolution konnte er – wie jetzt die Bergarbeiter – lastwagenweise Arbeiter nach Bukarest beordern, um die demonstrierende Opposition zum Schweigen zu bringen. Iliescu gewann die Wahlen,



«Het», Budapest, Nr. 21/1990

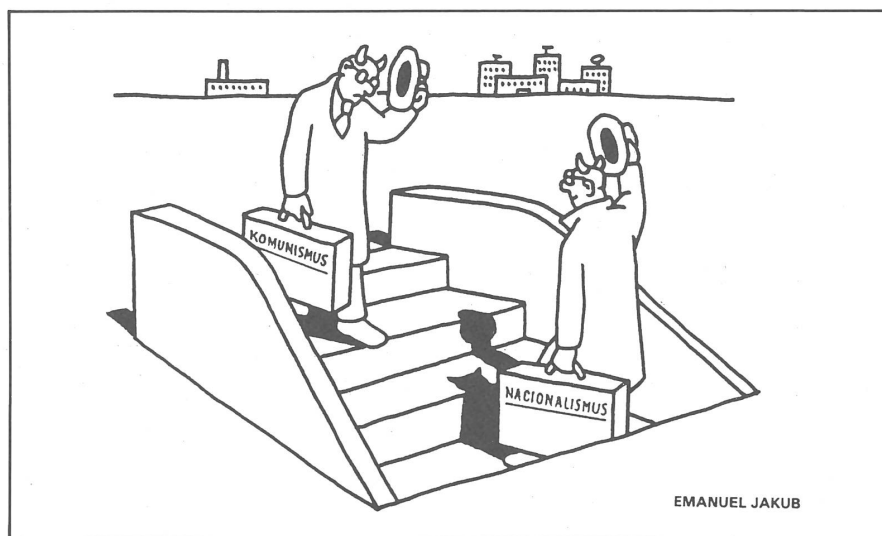
weil er sich vom «Hüter» zum angeblichen «Macher» der Revolution «transformierte».

Lehren für den Westen

Rumänien – und bis zu einem gewissen Ausmass Bulgarien – steht dafür, dass nicht alle osteuropäischen Völker, wie irrtümlicherweise bis anhin im Westen angenommen wurde, von einem einzigen Wunsch beseelt sind: Für die DDR-Deutschen, die Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken bedeutete die (friedliche) Revolution auch Freiheit, freie Meinungsäußerung, Parteipluralismus, offene Gesellschaft. Für die meisten Rumänen hingegen war der Aufstand vorab «Stundung vor dem Verhungern».

Die ersten freien Wahlen der neuen Zeitrechnung in Osteuropa haben überall den jeweils unverwechselbaren Charakter der einzelnen Länder hervortreten lassen. Das gemeinsame Erbe der bisherigen Ordnung spielt überall seine Rolle, aber nie die gleiche. Es wäre ein Irrtum zu glauben, indem die osteuropäischen Völker die kommunistischen Ketten sprengten, dass sie auf ihrem politischen Weg nahezu automatisch nach «rechts» marschierten. Kulturelle, geschichtliche Verwurzelung und Tradition, Nationalitätenszugehörigkeit, Nationalismus, Charisma und Popularität oder Populismus eines Politikers sind meistens weitaus wichtiger und ausschlaggebender als Allianzen für oder gegen Marx oder freie Marktwirtschaft.

Allen osteuropäischen Staaten steht ein langer, graduell unterschiedlicher Weg zur Korrektur der Systemfehler bevor. Die jetzt gewählten sozialistischen Systeme sowjetischer Prägung haben in Osteuropa eine neue, andere Dritte Welt geschaffen, hinterlassen. Selbst mit grosszügigster Hilfe wird sich die enorme Kluft zu Westeuropa, das die Chance hatte, frei zu sein und zu bleiben, nicht von heute auf morgen schliessen. ■



EMANUEL JAKUB

Zwei Teufel begegnen einander. Kommunismus und Nationalismus auf der Rolltreppe. («Novy Dikobraz»), Prag, Nr.6/1990